

Der Textil-Arbeiter

Vereinzelt seid Ihr Nichts.
Vereinigt Alles!

Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

Erscheint jeden Freitag. — Abonnementspreis pro Vierteljahr 4,50 Mk., wozu noch das Porto oder bei Bezug durch die Post das Bestellgeld hinzukommt.

Redaktion und Expedition:
Berlin O. 27, Andreas-Str. 61 III
Telephon: Amt Spingstadt, Nr. 1076.

Inserate pro 3gespaltene Petitzeile 2 Mk., Arbeitsmarkt 50 Pf.
Alle Inseraten-, Abonnements- und Verbandsgelder sind an Otto Sehm s, Berlin O 27, Andreasstr. 61 II, zu richten.
Postcheckkonto Berlin 5386.

Inhalt. Mutter-, Säuglings- und Kleinkinderschutz. — Die gesellschaftliche Stellung der Gewerkschaften beim Kriegsausbruch und jetzt. — Vom geplanten Baumwollsyndikat. — Die Brennessel als Spinnstoff. — Aus der Textilindustrie. — Rohstofffragen der Textilindustrie. — Betriebsgewinne der Textilindustrie. — Genossenschaftliches. — Zur Lebensmittelversorgung. — Verkehrswirtschaftliches. — Berichte aus Fachkreisen. — Literatur. — Verbandsanzeigen. — Unterhaltungstell.: Historisches über den englischen Imperialismus (III).

Mutter-, Säuglings- und Kleinkinderschutz.

Der Menschenvürger Krieg, der in knapp zwei Jahren Millionen junge Menschen vernichtet oder verstümmelt hat, der auf der einen Seite den Menschen nur wertet in der Zahl, keineswegs aber als das Ebenbild Gottes, er hat auf der anderen Seite bewirkt, daß sich zahlreiche Personen den Kopf zerbrechen, wie die jungen Menschenpflanzen, von denen bisher in Deutschland Hunderttausende kurz nach der Geburt verwelken und vergehen, zahlreicher lebensfähig erhalten werden können. Mehrere größere Gesellschaften zur Förderung der Bevölkerungszunahme sind in Deutschland schon gegründet worden, und auch der Reichstag hat kürzlich eine Kommission für Bevölkerungspolitik eingesetzt. Wie bei Konstituierung jener Kommission gesagt wurde, beabsichtigt die Regierung, im kommenden Herbst gesetzgeberische Vorschläge zu machen, um die Bevölkerungspolitik im Sinne des Menschenzuwachses zu fördern. Was dabei herauskommen wird, muß zunächst abgewartet werden. Ebenso muß abgewartet werden, ob die Kommission wirklich brauchbare Vorschläge zur Förderung des Bevölkerungsproblems machen wird. Wir möchten es gerade nicht als ein vielversprechendes Omen bezeichnen, daß ein Abgeordneter den Vorschlag machte, als erste Arbeit zu etwas wie eine Ausscharrung der Lege Seize vorzunehmen. Will man die Vermehrung der Menschen fördern, dann wird man in erster Linie für die arbeitende und minderbemittelte Bevölkerung bessere materielle Existenzgrundlagen schaffen müssen.

Zwei Ziele sind es, die ins Auge gefaßt werden, um die Vermehrung des Volkes zu erreichen; das erste ist die Bekämpfung des Geburtenrückganges und das zweite die Bekämpfung der Kindersterblichkeit. Der Geburtenrückgang sowohl wie die hohe Kindersterblichkeit, beide haben eine Ursache, nämlich eine zu ungünstige materielle Existenz der meisten Familien der Arbeiter und des kleinen Beamtenstandes. Das Einkommen ist meist nicht groß genug, um diesen Familien die Möglichkeit zu gewähren, eine große Zahl Kinder zu körperlich und geistig gut entwickelten Menschen zu erziehen, ohne den Eltern alles Unangenehme vom Leben zu entziehen. Da tritt eben dann das eine oder das andere ein. Entweder die Eltern mit geringem Einkommen schränken die Kindererzeugung entsprechend dem Einkommen ein, um die geborenen Kinder nun auch zu gesunden Menschen zu erziehen — dann wird wohl vielleicht die Zahl der Geburten beschränkt, aber auch die Zahl der Säuglingssterbefälle —, oder die Eltern nehmen auf das geringe Einkommen keine Rücksicht, legen sich in der Kindererzeugung keinen Zwang auf, dann werden sie zwar gewöhnlich eine hohe Geburtenziffer aufzuweisen haben, ob sie aber auch einen hohen Anteil an anderen dergültigen Bevölkerungszunahme werden aufweisen können, das ist sehr fraglich. Die Statistik über die Kindersterblichkeit weist uns doch nach, daß der größte Prozentsatz der gestorbenen Säuglinge auf die Familien der Arbeiter, und hier wiederum auf diejenigen entfällt, die infolge großer Kinderzahl und geringen Einkommens gezwungen sind, in zu kleinen und ungesunden Wohnungen zu hausen.

Die Wohnungsfrage spielt bei den Ursachen der hohen Kindersterblichkeit eine große, wenn nicht gar die Hauptrolle. Könnte man einen Vergleich ziehen zwischen der Kindersterblichkeit in den Familien der oberen Zehntausend und denen der Arbeiter, deren Wohnung aus einem einzigen Raum besteht, so würde ein ganz erschreckendes Mißverhältnis zum Nachteil der Arbeiterfamilien herauskommen.

Will man also die Kindersterblichkeit bekämpfen und ebenso den Geburtenrückgang, dann müssen die Familien in die wirtschaftliche Lage gebracht werden, sich eine ausreichende Wohnung mieten zu können, ohne hungern zu müssen.

Das wird, so scheint es, noch zu wenig beachtet. Jetzt wieder wird sehr viel Aufhebens gemacht von einer privaten Veranstaltung, der „Spende für Säuglings- und Kleinkinderschutz“. Im Herrenhause zu Berlin hat am 21. Juni 1916 eine Versammlung von Personen getagt, die einestheils ihr Wissen, andernteils ihr Geld in den Dienst

der Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit stellen wollen; an sich gewiß ein ganz löbliches Beginnen, aber immerhin doch nur ein ganz untergeordnetes Linderungsmittel. Herr Professor Dr. Langstein, der Direktor des Kaiserin-Augusta-Viktoria-Hauses, der bekannten deutschen Musteranstalt für Säuglingspflege, hat dort einen Vortrag gehalten über die Aufgaben der Säuglings- und Kinderpflege in Deutschland. Das „Berliner Tageblatt“ brachte darüber folgenden Bericht:

„Er vertrat dabei die schon mehrfach bekannten durchgreifenden Forderungen. Das ganze Volk muß durchdrungen werden von den Kenntnissen jener Grundsätze, durch die wir den Säugling und das Kleinkind erhalten können. Kinderhygiene muß Unterrichtsgegenstand werden, beginnend in der Volksschule, fortführend in der Pflichtfortbildungsschule. Die Ausbildung der Ärzte in Säuglingskunde muß vertieft werden. Der Staat muß die Lehrstühle für Kinderheilkunde erheblich vermehren. Von den Kommunen ist eine großzügige Säuglingsfürsorge zu erwarten. Die Reichswochenhilfe ist auszudehnen als Anfang einer Mutterschaftsversicherung großen Stils. Das Haltekinderwesen muß geregelt, die Generalvormundschaft allgemein durchgeführt werden. Die Säuglingssterblichkeit erfordert besondere durchgreifende Gegenmaßnahmen. Der Redner verlangte auch Kleinkinderfürsorgestellen im Anschluß an Säuglingsfürsorgestellen, Krippen, Bewahranstalten, Gärten usw. Man muß auch den Müttern ins Haus nachgehen und ihren Sinn für Familienziehung heben. Bessere Fürsorge auch für die verkrüppelten, schwach-sinnigen, tuberkulösen und sonst minderwertigen Kinder. Nötig ist die Zusammenarbeit der betreffenden Organisationen mit der Regierung, wie z. B. in Bayern. Arbeiten die Organisationen in allen Bundesstaaten in diesem Sinne und werden sie nicht in den Mitteln beschränkt — dazu müssen sie vorhanden sein! — so sind reiche Früchte zu erwarten. Wir gehen einer Umwertung des Bevölkerungsproblems entgegen, durch die wir unseren höchsten Kulturaufgaben gerecht werden. (Beifall.)“

Die Wohnungsfrage ist in dem Bericht gar nicht erwähnt und ebensowenig die Frage der erwerbstätigen Arbeiterin als Mutter. Die Ursache der Kindersterblichkeit liegt gewiß zu einem Teil an der Unkenntnis der jungen Mütter in der Kinderpflege; sie liegt aber auch zu einem mindestens ebenso großen Teile an der Unmöglichkeit der Kinderpflege. Es soll den Müttern ins Haus nachgegangen werden, um ihren Sinn für Familienziehung zu heben. Ganz schön! Aber Hunderttausende von Müttern wird man — nach dem Kriege mehr wie vor dem Kriege — nicht im Hause antreffen, weil sie die Not im Hause aus dem Hause und in die Fabrik treibt. Sinn für Familienziehung ist schon vorhanden, nur fehlen die materiellen Mittel dazu; die müssen Hunderttausende von Müttern herbeischaffen helfen, anstatt sich der Familienziehung zu widmen. Das Haltekinderwesen soll geregelt werden. Auch ganz schön! In dem Bericht wird leider nicht gesagt, auf welche Weise. Auch das Haltekinderwesen hängt ab von den materiellen Existenzgrundlagen sowohl der Familie, die das Kind in Pflege gibt, wie derjenigen, die es in Pflege nimmt. Die Stelle, die das Kind in Pflege nimmt, tut es meist nicht des Kindes wegen, sondern im eigenen Interesse. Das Haltekinderwesen ist eben eine Erwerbsquelle. Und gewöhnlich treibt hier ein Keil den anderen. Die Eltern, die das Kind in Pflege geben, sehen meist darauf, es nicht zu teuer unterzubringen; denn es muß mit jedem Pfennig gerechnet werden. Und auf der anderen Seite soll trotzdem aus der Pflege des Kindes noch ein materieller Nutzen herauspringen. Wenn da nun gewissermaßen von zwei Seiten an dem geringen Unterhalt des Kindes herumgefabbert wird, dann bleibt für das Kind selbst nicht das Nötige übrig. Daher ja auch die beklagenswerte Tatsache, daß gerade uneheliche Kinder, die in größerer Zahl fremder Pflege anvertraut werden, auch in größerer Zahl sterben. Diesem Unheil kann nur gesteuert werden dadurch, daß die Kommunen Einrichtungen schaffen, wo die Kinder gegen ein mäßiges Pflegegeld, noch besser auf Kosten der Gesamtheit, in sachgemäße Pflege gegeben werden können. Das private Haltekinderwesen muß beseitigt werden. Der schönste Unterricht in den Schulen kommt nicht zur praktischen Wirkung, wenn die Mutter, anstatt sich der Kinderpflege zu widmen, von früh bis abends am Webstuhl oder die Spinn- und Spulmaschine stehen muß, um zu helfen, die Nahrung für die Familie herbeizuschaffen. Und alle noch zu errichtenden Lehrstühle für Kinderheilkunde werden der Kindersterblichkeit wenig steuern, wenn die Frau, auf der die ungeheure Last des Austragens ruht, auch noch die Last der täglichen Fabrik-

arbeit übernehmen muß. Eine solche doppelte Last muß den Organismus vieler solcher Frauen derart schwächen, daß sie nicht mehr fähig sind, gut entwicklungsfähige Kinder zur Reife zu bringen.

Hier also, in der Befreiung der Mütter von der Fronarbeit in der Fabrik, müßte der Hebel angelegt werden, um die Lebensfähigkeit der Neugeborenen zu heben. Aber gerade in dieser Beziehung sieht unserer Ansicht nach die Zukunft recht trübe aus. Es ist nicht nur zu befürchten, sondern mit absoluter Sicherheit anzunehmen, daß auf lange Zeit nach dem Kriege die Lebensverhältnisse durch abnorm hohe Preise für alle Existenzmittel ungünstig beeinflusst werden. Zu den hohen Preisen werden dann kommen die enorm gesteigerten Steuerlasten. Der fortschrittliche Abgeordnete Gothein hat schon vor einem halben Jahre gesagt, daß wir damit zu rechnen haben, nach dem Kriege bis zu 40 Prozent des Einkommens für Steuern herzugeben. Er sagte, wir würden uns wieder großhungern müssen. Leider liegen die Dinge so, daß der Mann nur zu recht haben wird. Was aber steht dann unseren Arbeiterfamilien bevor? Daß sie es sein werden, die das Großhungern durchmachen müssen. Denn die Besitzenden werden ebensowenig zu hungern brauchen wie sie heute hungern. Die Arbeiterfamilien, die werden allein die Last des Großhungern zu tragen haben und sie werden diese Last restlos aufgeladen bekommen, wenn nicht Mann und Frau jeder Arbeiterfamilie dafür sorgt, daß alle Arbeiter und Arbeiterinnen in der Familie den Berufsorganisationen der Arbeiterklasse beitreten und dort dafür sorgen helfen, daß das Großhungern kein individuelles, die Arbeiter treffendes, sondern ein gesellschaftliches wird, bei dem der Kapitalismus die Last zu tragen bekommt.

Geschieht das nicht, sorgen nicht Mann und Frau in jeder Arbeiterfamilie dafür, daß sich alle Beschäftigten in der Familie in ihrer Gewerkschaft organisieren, dann wird für die Arbeiterfamilien eine lange trostlose Zeit einsetzen. Dann werden die Mütter noch mehr wie bisher schon zur gewerblichen Arbeit gezwungen werden. Dann aber auch wird kein Erfolg zu verzeichnen sein in der Bekämpfung des Geburtenrückganges und der Kindersterblichkeit. Viel eher dürfte das Gegenteil davon eintreten. Denn man kann es doch wirklich keinem Arbeiterpaar verdenken, wenn es sich, nach alledem, was Arbeiterfamilien nach dem Kriege bevorsteht, scheut eine große Zahl Kinder zu erzeugen, in der sicheren Voraussicht, dies von der Gesellschaft dadurch schlecht gelohnt zu bekommen, daß sie die Mutter dieser großen Zahl Kinder nötigt, tägliche Fronarbeit in der Fabrik zu leisten, will sie nicht mit ihren Kindern langsam verhungern.

Wir meinen also: Mit solchen Linderungsmitteln, wie der „Spende für Säuglings- und Kleinkinderschutz“ wird man in Zukunft der hohen Kindersterblichkeit noch weniger Herr werden wie bisher. Die Frage des Geburtenrückganges und der Kindersterblichkeit ist in erster Linie eine soziale Frage. Wer den Geburtenrückgang und die Kindersterblichkeit erfolgreich bekämpfen will, der schafft gesellschaftliche Grundlagen für eine menschenwürdige Existenz aller Familien; der beseitigt die wirtschaftliche Ungleichheit, die es bewirkt, daß einige wenige im Ueberfluß leben und die aus Bequemlichkeit sowohl wie um ungestört dem Vergnügen leben zu können, sich vom Kindererzeugen fernhalten, während die große Masse der Volksgenossen ungenügend ernährt wird und deren Kinder aus Mangel am Nötigsten scharenweise umkommen.

Die gesellschaftliche Stellung der Gewerkschaften beim Kriegsausbruch und jetzt.

In Königsberg i. Pr. fand am 12. Juli d. J. in der Jubiläumshalle eine Gewerkschaftsversammlung statt, in welcher der Vorsitzende der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, Genosse Legien, über das Thema sprach: „Die Reichsvereinsgesetze und ihre Bedeutung für die Gewerkschaften“. Genosse Legien machte dabei, nach dem Bericht der „Königsberger Volkszeitung“, Ausführungen von besonderem gewerkschaftlichem Interesse. Wir geben aus jenem Bericht die nachfolgenden Auszüge bekannt:

Redner erklärte, kurz vor dem Kriege wäre man dabei gewesen, die Tätigkeit der Gewerkschaften zu hemmen. Bei Ausbruch des Krieges habe sich die Bedeutung der Arbeiterorganisationen so recht gezeigt. Zwischen Arbeitern und den Unternehmern sowie der Regierung hätte vor dem Kriege eine Spannung bestanden. Man hätte Ausnahmegesetze, ein Verbot des Streikpostenstehens usw. geplant. Die Regierung hätte sich den Wünschen der Unternehmer

willig gezeigt und eine Strafgesetznovelle angekündigt, durch die erreicht werden sollte, was die Unternehmer wünschten. Wäre sie Gesetz geworden, so wäre dies Gesetz schlimmer gewesen als die Zucht-hausvorlage von 1899. Man hätte auch das Verhältnis der Gewerkschaften zur Sozialdemokratie gekannt, man hätte gewußt, daß die Erziehung der Jugend nur im sozialistischen Sinne erfolgen könnte, und um das zu verhindern, hätte man versucht, die Gewerkschaften für politisch zu erklären. Unmittelbar vor dem Kriege hätte also eine Spannung bestanden, und man hätte bei Ausbruch des Krieges mit einer Auflösung der Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Vereine gerechnet. Eine Konferenz der Vorstandsvertreter hätte bereits Maßnahmen beraten, um die Vermögen und den Zusammenhalt der Arbeiter sicherzustellen. Die Dinge hätten sich aber anders gestaltet. Zuerst hätte man die Gewerkschaften ersucht, bei der Sicherung der Ernte mitzuwirken. Dabei wäre zum Ausdruck gekommen, daß man gar nicht daran denke, die Gewerkschaften aufzulösen, daß die Regierung vielmehr die Absicht habe, die Gewerkschaften in Anspruch zu nehmen, und am 2. August hätte man im Reichsamt des Innern erklärt, man werde sich doch nicht noch einen Feind im Innern schaffen. Kurz vorher aber wären die Gewerkschaften der Feind gewesen; als Gefahr vorhanden gewesen wäre, hätte man die Gewerkschaften nicht mehr als einen Fremdkörper angesehen. Die Regierung hätte nunmehr die Gewerkschaften veranlaßt, sich sozialpolitisch zu betätigen. Daher schon hätte eine Aenderung des Reichsvereinsgesetzes erfolgen müssen. Die Regierung selbst hätte eine Aenderung nicht beantragt, erst die Sozialdemokratie hätte im Reichstag im Jahre 1915 die Initiative hierzu ergriffen.

Kedner schilderte nun die Bemühungen, bessere Rechtsverhältnisse für die Gewerkschaften zu sichern. Am 27. August 1915 hätte der Reichstag einen Gesetzentwurf angenommen, der eine bessere Gestaltung des § 3 des Vereinsgesetzes und die Aufhebung des Sprachen- und Jugendparagrafen enthalten hätte. Die Regierung wäre bemüht gewesen, ihr Versprechen zu erfüllen. Sie wäre mit den Vertretern der sozialdemokratischen Fraktion in Verhandlungen getreten. Die sozialdemokratische Fraktion sei sich über die Taktik einig gewesen. Am 21. Dezember 1915 wäre über diese Verhandlungen berichtet worden und hierbei hätte der frühere Vorsitzende der Fraktion, Saase, erklärt, wenn die in Aussicht gestellte Vorlage den Ansprüchen der Gewerkschaften genüge, so müsse davon abgesehen werden, weitergehende Anträge zu stellen. Die Verhandlungen mit der Regierung wären fortgesetzt worden, und man hätte ihr versprochen, keine weitergehenden Anträge zu stellen, wenn sie eine Sicherstellung der Gewerkschaften beantrage. Die Vorlage wäre aber nicht gekommen, und sozialdemokratische Vertreter hätten deshalb wiederholt Anfragen an die Regierung gestellt. Am 6. April 1916 hätte Scheidemann angefragt, und er hätte zum Ausdruck gebracht, daß wohl die konservativen Herren Widerstand leisteten. Am Tage darauf hätte aber der Regierungsvorstand erklärt, daß die Einbringung der Reichsvereinsgesetznovelle unmittelbar bevorstehe. Es hätten sich nun die Widerstände in den konservativen Kreisen gezeigt.

Kedner ging auf die Begründung der Novelle ein. Nach ihr gelte das Gesetz für alle Arbeiterorganisationen. Sie sollen nur nicht parteipolitische Vereine sein. Die Gewerkschaften müßten alle Arbeiter umfassen, ganz gleich welche politische oder religiöse Gesinnung sie hätten. Gewerkschaften müßten parteipolitisch neutral sein. Mit dem einen oder anderen Richter werde man auch in Zukunft rechnen haben. Doch die Gewerkschaften seien im Kampfe groß geworden, sie würden im Kampfe weiterbestehen. Jede Besserung des Vereinsgesetzes sei für sie aber von größter Wichtigkeit. Die Vereinsgesetznovelle hätte das enthalten, was die Gewerkschaften

gefordert hätten. Es liege auch nicht im Willen des Gesetzgebers, die Gewerkschaften an der wirtschafts- und sozialpolitischen Betätigung zu hindern. Auch eine Einwirkung auf politische Parteien sei gestattet, so daß es nicht nötig sei, das Abkommen der Gewerkschaften mit der Sozialdemokratischen Partei vom Jahre 1906 zu lösen. Er, Kedner, habe sich mit dem Reichskanzler über das Verhältnis der Gewerkschaften nach dem Kriege unterhalten. Der Reichskanzler habe gemeint, ob es nicht möglich sei, eine einheitliche Arbeiterorganisation zu schaffen. Das habe er, Kedner, verneint. Die Gewerkschaften seien unter dem Einfluß politischer Parteien entstanden, und dieser lebendige politische Einschlag müßte erhalten bleiben. Ein Kartellverhältnis, das der Reichskanzler angeregt habe, könnte möglich sein, doch damit wäre es vorbei, wenn die christlichen Gewerkschaften unter dem Einfluß des Zentrums für Bölle und indirekte Steuern eintreten würden. Durch den sozialistischen Geist seien unsere Organisationen über die Gewerkschaften anderer Länder weit hinausgewachsen. — Die Gewerkschaften betrachteten das neue Gesetz als eine kleine Abschlagszahlung auf das, was nach dem Kriege für die Arbeiter geschaffen werden müßte. Der Kedner schloß seine Ausführungen mit der Mahnung zur Einigkeit und Geschlossenheit.

Vom geplanten Baumwollsyndikat.

Wir haben schon mehrmals berichtet von Bestrebungen, den Rohbaumwollhandel nach dem Kriege unter ein Zwangskartell zu stellen. Es wurde sogar die Ansicht verbreitet, der Rohbaumwollhandel werde nach dem Kriege in staatlicher Regie betrieben werden und dem Staate mit als Einnahmequelle für die Deckung der hohen Ausgabesummen dienen, die nach dem Kriege aufzubringen sein werden. Dem soll aber, wie aus einer Zuschrift an den „Konfektionär“ vom 16. Juni 1916 hervorgeht, nicht so sein. Es wird in jener Zuschrift gesagt:

„Es ist an dieser Stelle schon mitgeteilt worden, daß unter Staatsaufsicht ein Syndikat gebildet wird zu dem Zweck, nach Friedensschluß die Einfuhr von Rohbaumwolle wieder in die Wege zu leiten. Es sind über dieses Syndikat vielerlei falsche Gerüchte im Umlauf und es ist deshalb wichtig, über seine Ziele und die einzuschlagenden Wege einige Mitteilungen zu machen. Vor allem erscheint es angeeignet, der weitverbreiteten Meinung entgegenzutreten, der Staat beabsichtige, den Baumwollhandel von jetzt an völlig zu monopolisieren. Diese Ansicht besteht nicht, noch hat sie Bestand. Auch für die Zeit des Wirkens des Syndikats soll der Baumwollhandel nicht etwa ausgeschaltet werden, sondern im Gegenteil die Hauptarbeit der Einfuhr und Verteilung leisten. Ohne weiteres ist einleuchtend, daß der Staat eine Industrie, die völlig auf die Einfuhr ihres Rohmaterials von Uebersee angewiesen ist und infolgedessen ihre Bestände während des Krieges auf eine im Verhältnis zu normalen Zeiten außerordentlich geringe Menge heruntergearbeitet hat, die außerdem seit geraumer Zeit in einen Ausnahmezustand versetzt ist, nicht ohne Uebergang ihrem Schicksal überlassen kann. Eine völlige Anarchie und Direktionslosigkeit wäre die unaussprechliche Folge. Darüber hinaus aber stehen wichtigste Interessen der Allgemeinheit auf dem Spiele, nämlich zuerst eine weise Einteilung des zur Verfügung stehenden Schiffsraumes, dann die überaus dringende Notwendigkeit, unsere Valuta wieder auf den ihr zukommenden Stand zu bringen, endlich eine den Grundsätzen der Billigkeit und Gerechtigkeit entsprechende Verteilung der zur Verfügung stehenden Baumwollmengen.“

Es wird die nächste Aufgabe des Staates sein, zuerst einmal soviel Schiffsraum wie überhaupt möglich an sich zu bringen, um die Einfuhr derjenigen Rohmaterialien und Fabrikate, in denen wir sofort wieder exportfähig sein dürften,

alsbald zu ermöglichen. Es dürften Kali, Kohle, Zucker, Farbstoffe usw. in Frage kommen. Die Folge ist natürlich eine Nachfrage nach deutscher Währung im Ausland. Gleichzeitig wird überall im Auslande dafür zu sorgen sein, daß deutsche Schiffe ihre Heimatshäfen erreichen und auf diesem Wege die Einfuhrgüter mitbringen, deren die deutsche Wirtschaft bedarf. Hier hat wohl die bedeutungsvollste Arbeit des Staates einzusetzen. Die hohen Gesichtspunkte dürfen keinen Augenblick außer acht gelassen werden. In erster Linie haben die wichtigsten Nahrungs-, Futter- und Düngemittel und die nötigsten Rohstoffe für die Industrie zu stehen, also Getreide, Schmalz, Salpeter, Wolle, Baumwolle, Jute, Gummi, Metalle. Dann würden die Gegenstände des gemeinen Luxus wie Kaffee, Tee, Tabak an der Reihe sein, endlich, und das vielleicht erst nach geraumer Zeit, Waren des wirklichen Luxus, also Delikatessen, Modewaren, kunstgewerbliche Gegenstände und Stoffarbeiten. Der Zeitpunkt, an dem die schrankenlose Einfuhr dieser Dinge wieder gestattet werden kann, hat sich wahrscheinlich mit dem Augenblick, in dem man dem Baumwollhandel seine völlige Freiheit wiederzugeben in der Lage ist.

Es bleibt noch übrig, einige Worte über die Verteilung der zur Verfügung stehenden Baumwollmengen zu sagen. Hier hat man einfach auf dem bereits völlig geübten Wege fortzuschreiten. Schon jetzt ist die gesamte in Deutschland vorräthige Baumwolle nebst den Surrogaten in Staatshänden und wird den Spinnereien im Rahmen ihrer Spindelzahl zugewiesen. Es wird selbstverständlich so gewirtschaftet, daß immer ein recht erhebliches Quantum da sein wird, mag der Krieg auch noch so lange dauern. Bei Friedensschluß kann das Kontingent ohne weiteres aus den Beständen heraus erhöht werden, da die ersten Ladungen aus Amerika bald eintreffen dürften. Es ist anzunehmen, daß in Amerika nicht unerhebliche Mengen Baumwolle bereits deutsches Eigentum sind, so daß unser Gold für die ersten Importe nicht angegriffen wird.

Der Gedanke des Baumwollsyndikats gehört zu den großzügigen Ideen, die sich durch die gesamte Kriegswirtschaft des Reiches hinziehen, und seine Ausführung wird sich, dessen können wir sicher sein, in der vorbildlich organisatorischen Form vollziehen, die der Schreden und das unerreichte Muster für die uns heute feindlich gegenüberstehenden Nationen ist. Neue Arbeit in nie gekannter Fülle wartet der deutschen Baumwollindustrie und wird sie befähigen, alle während des Krieges erlittenen Schäden wieder wettzumachen.“

Die vorstehend entwickelten Gesichtspunkte werden allgemein gebilligt werden, wenn man nur den Zweck verfolgt, die gesamte Baumwollindustrie gleichmäßig mit Rohmaterial zu versorgen. Natürlich muß die Sache so gefördert werden, daß nicht etwa wieder die Interessen der Industrie hinter die Interessen der Landwirtschaft gestellt werden.

Die Brennesselfaser als Spinnstoff.

Schon vor Ausbruch des Krieges fand ein Meinungs-austausch zwischen Fachleuten in der Presse und in Vorträgen statt darüber, ob die Brennessel, die Spinnfasern enthält, so präpariert werden könne, daß man diese Fasern gewinnt, zu Herstellungskosten, die ein Bearbeiten zu Textilprodukten ermöglichen. Bis in die letzte Zeit hinein wurde in überwiegender Weise der Standpunkt vertreten, daß es ein recht unrentables Unternehmen sein dürfte, die Gewinnung der Brennesselfaser zu betreiben. Indessen bei der gegenwärtigen hohen Preislage für Textilrohstoffe dürfte sich doch wohl die Möglichkeit einstellen, die Brennesselfaser zu Breifen zu erzeugen, die es ermöglichen, daß diese Faser mit anderen Fasern konkurrieren kann. Denn der preussische Minister für Landwirtschaft hat soeben an sämtliche Landräte

Historisches über den englischen Imperialismus.

III.

Seit der Niederwerfung Napoleons I. konnte sich England ungehindert in den überseeischen Gebieten ausbreiten. Keine europäische Macht trat ihm entgegen. Es begann die Zeit der Isolation, in der England als mächtiger Neutraler den europäischen Mächten gegenüberstand. In dieser ganzen Zeit ging die Ausbreitung des englischen Kolonialreiches ungehindert vonstatten. Im Jahre 1882 wurde Alexandria in Trümmer geschossen und das alte Land der Pharaonen, Ägypten, besetzt. 1884 besetzten die Engländer das Somaliland und den größten Teil des Küstengebietes am Golf von Aden. 1885 wurde in Hinterindien das Kaiserreich Birma unterworfen. Uralte Stätten gewaltiger Kultur gingen in Rauch und Flamme auf. Ein Gebiet zuwachs von der doppelten Größe Englands war der Lohn.

1886 wurden in Südafrika die Zulufaffern unterworfen und ihr Land in Besitz genommen. 1888 wurde Borneo unterworfen. Von Neu-Guinea wurde der südöstliche Teil mit Beschlag belegt. 1889 wurde das afrikanische Gebiet Sierra Leona genommen. 1890 besetzten die Engländer die ostafrikanischen Länder vom Umbosfluß im Süden bis zum Dschub im Norden, wobei ein gewaltiges Gebiet, doppelt so groß wie das Deutsche Reich, für England gewonnen ward. In den ersten vier Jahren des letzten Jahrzehnts im 19. Jahrhundert wurden Rhodesia und Betschuanaland, das Reicherich Aschanti und der Sudan von England erobert.

Sodann begann der Kampf gegen das Burenvolk. Dreimal im Laufe des 19. Jahrhunderts waren die Buren von den Briten zu einem großen Treck (Wanderungen) nach dem Norden gezwungen worden. Jedesmal folgten ihnen die britischen Eroberer und unterwarfen sie von neuem ihrer Herrschaft. Jedesmal entzogen sich die Buren durch Auswanderung dieser Herrschaft. Als sie den Gipfel in Südafrika — Transvaal — als ihre Wohnstätte wählten, wurden sie zunächst von den Engländern in Ruhe gelassen, da die Engländer das Land für wertlos hielten. Das änderte sich, als der Goldreichtum der Burenstaaten entdeckt wurde. Sofort begann am 12. Oktober 1899 der 2 1/2 Jahre lang dauernde Krieg der britischen Eroberer gegen die Buren, der das Gebiet der Burenrepubliken (größer als das britische Inselreich) zu englischem Besitz machte.

Dieser englische Imperialismus — heißt es in dem Referentenmaterial des Kollegen Säckel weiter — wird beeinträchtigt und gefährdet durch das stürmische Vorwärtstreiben der deutschen industriellen und kommerziellen Entwicklung seit der Gründung des Deutschen Reiches. Die Industrie Deutschlands wächst in einem Tempo wie keine Industrie Europas. Die Stahl- und Eisenproduktion hat die gleiche Produktion Englands längst überholt. Der Handel Deutschlands macht sich auf allen Märkten bemerkbar und dringt ein in alle bisher als unbestritten erachteten Interessensphären Englands. Der deutsche Außenhandel steigt in Ein- und Ausfuhr verhältnismäßig viel schneller als der Außenhandel Englands. Dasselbe ist der Fall mit der Entwicklung des deutschen Eisenbahnwesens, das in viel schnellerem Tempo vergrößert wird als das Englands. In vielen Industrien beherrscht Deutschland die Welt und ist England bereits auf die deutsche Produktion angewiesen (Elektrizitätsindustrie usw.). Wie sehr Deutschlands Entwicklung die englische Entwicklung auf vielen Gebieten zu überholen bestrebt ist, dafür folgende Zahlen: Es betrug die Gewinnung in Deutschland von

Roheisen		
1893: 4,91 Mill. To.	1913: 18,98 Mill. To.	Zunahme 287 Proz.
Rohstahl		
1893: 3,00 Mill. To.	1913: 18,65 Mill. To.	Zunahme 522 Proz.
Kohlen		
1893: 72,66 Mill. To.	1913: 188,43 Mill. To.	Zunahme 159 Proz.
Der Verbrauch betrug in Deutschland:		
Roheisen		
1893: 5,04 Mill. To.	1913: 18,33 Mill. To.	Zunahme 264 Proz.
Kohlen		
1893: 65,27 Mill. To.	1913: 153,55 Mill. To.	Zunahme 135 Proz.
In Großbritannien dagegen betrug die Gewinnung von		
Roheisen		
1893: 6,98 Mill. To.	1913: 10,48 Mill. To.	Zunahme 50 Proz.
Rohstahl		
1893: 2,92 Mill. To.	1913: 6,90 Mill. To.	Zunahme 136 Proz.
Kohlen		
1893: 164,33 Mill. To.	1913: 287,41 Mill. To.	Zunahme 75 Proz.
Der Verbrauch betrug in Großbritannien in		
Roheisen		
1893: 6,17 Mill. To.	1913: 9,57 Mill. To.	Zunahme 55 Proz.
Kohlen		
1893: 184,99 Mill. To.	1913: 210,13 Mill. To.	Zunahme 56 Proz.

Der Wert der Einfuhr Deutschlands betrug in Millionen Pfund (1 Pfund = 20,40 Mk.):

	1893	1913	Zunahme
Zum Verbrauch . . .	194,80	525,86	170 Proz.
Rohmaterialien . . .	85,75	248,97	190 „
Fabrikate	44,40	124,11	180 „

Der Wert der Ausfuhr Deutschlands betrug in Millionen Pfund:

	1893	1913	Zunahme
Aus dem freien Verkehr . . .	152,01	495,63	226 Proz.
Rohmaterialien	32,84	112,74	243 „
Fabrikate	96,23	382,84	239 „

Der Wert der Einfuhr in Großbritannien betrug in Millionen Pfund:

	1893	1913	Zunahme
Zum Verbrauch	345,81	659,38	91 Proz.
Rohmaterialien	100,61	217,87	117 „
Fabrikate	75,85	164,08	116 „

Der Wert der Ausfuhr in Großbritannien betrug in Millionen Pfund:

	1893	1913	Zunahme
Aus dem freien Verkehr . . .	218,26	525,46	141 Proz.
Rohmaterialien	20,65	69,90	238 „
Fabrikate	185,93	411,57	121 „

Die Bevölkerung Deutschlands stieg von 50,76 Millionen Einwohnern im Jahre 1883 auf 66,63 Millionen im Jahre 1913 oder um 32 Proz. Die Bevölkerung Großbritanniens stieg nur von 38,49 Millionen auf 46,04 Millionen oder um 20 Proz. Das Tempo der Entwicklung ist also in Deutschland weit schneller wie in England. Das englische Monopol der Versorgung der Welt mit Industrieerzeugnissen ist damit gefährdet. In England galt jahrzehntelang die Theorie: England versorgt die Welt mit Industrieerzeugnissen, die Welt versorgt England mit Agrarprodukten. Das Streben der englischen Kapitalistenklasse und ihrer Regierung geht naturgemäß dahin, das weitere Vorwärtstreiben der deutschen Industrie und des deutschen Handels auf den Weltmärkten zu verhindern, die Suprematie Englands auf den Weltmärkten der Welt soll um weitere 50 oder 100 Jahre verlängert werden durch Lähmung der deutschen Volkswirtschaft. Dieses Ziel kann nur erreicht werden durch die Vernichtung der Unabhängigkeit und der politischen Machtstellung des Deutschen Reiches.

einen Erlaß gerichtet, in dem eine sofortige Organisation der Einsammlung von Brennesseln angeordnet wird. Es wird in diesem Erlaß gesagt: „Der Krieg hat die Einfuhr von Hanf und Baumwolle fast vollständig unterbunden, es müssen daher zur Vermehrung des heimischen Spinnfaservorrates alle im Inlande vorhandenen verspinnbaren Pflanzen benutzt werden. Dazu gehört auch die Brennessel, deren Faser nach einem neuen, von einer deutschen Firma entdeckten Verfahren verarbeitet werden kann. Nach diesem Verfahren hergestellte Gewebe haben den vollen Beifall Sachverständiger gefunden.“

Da der Anbau von Brennesseln im Augenblick nicht in Frage kommt, ist es geboten, die wildwachsende Brennessel für die Zwecke der Verspinnung einzuernten. Sie findet sich vorwiegend in Brüchen und Waldungen, vielfach auch in altem Gemäuer und an Einfriedigungen landwirtschaftlicher Besitzungen. Sie kann in einer Vegetationsperiode mehrfach, regelmäßig zweimal, geschnitten werden. Dort, wo sie einigermaßen dicht bestanden ist, liefert nach dem Urteil Sachverständiger eine Fläche von 1 Quadratmeter bei jedem Schnitt 3 Pfund trockener Nesselfstengel und annähernd 1 Pfund Nesselfblätter, die ein vorzügliches Futter abgeben. Die Ernte von 1 Hektar würde danach 15 000 Kilogramm Nesselfstengel und 4000 bis 5000 Kilogramm Nesselfblätter ergeben. Da die Faserausbeute etwa 8 vom Hundert der trockenen Nesselfstengel beträgt, könnte bei einer Ernte von 1000 Hektar Brennessel 1,2 Millionen Kilogramm Faser gewonnen werden, eine Menge, die für unsere Versorgung mit Webstoffen immerhin ins Gewicht fällt.

Die Bildung einer Kriegsgesellschaft zur Sammlung und Verwertung der Brennessel ist im Gange, eine namhafte Summe zur Einsammlung der wildwachsenden Brennessel ist bereits zur Verfügung gestellt. Da die Zeit für die Entnahme des ersten Brennesselschnittes bereits herangekommen ist, kann die Aberntung und Einsammlung nur in der einfachsten Weise, also mit Hilfe der Landräte, organisiert werden. Um diese Organisation vor Störungen zu schützen, soll der freie Handel mit Brennesseln beschränkt oder ganz unterbunden werden.

Die Landräte sind nun ersucht, unverzüglich mit den königlichen Oberförstern und den Vertretern oder Eigentümern solcher Körperschafts- und Privatgrundstücke, auf denen Brennesseln wachsen, in Verbindung zu treten und Vereinbarungen über die Bedingungen zu treffen, unter denen die fraglichen Grundflächen betreten und abgeerntet werden dürfen. Auf Grund der Vereinbarungen ist die Einsammlung zu organisieren. Soweit nicht die Eigentümer die Aberntung selbst übernehmen wollen, wird sie durch ältere, gebrechliche, für die schweren landwirtschaftlichen Arbeiten nicht mehr brauchbare Männer und Frauen oder durch Schulkinder nach Verständigung mit den Schulaufsichtsbehörden ausgeführt werden können. Die Landräte sollen auch die Abnahme, Verladung und Bezahlung der getrockneten Brennesseln übernehmen. Auf Grund der bei der Einsammlung des ersten Brennesselschnittes gemachten Erfahrungen wird später die Aberntung des zweiten Schnittes geregelt werden.

Aus der Textilindustrie.

Wucherpreise für ausländische Baumwollgarne.

Ein Sachmann aus Reichenbach i. B. hat an den „Berliner Lokalanzeiger“ eine Zuschrift geschickt, in der er auseinandersetzt, welche unerhörten Wucher von den Händlern, die große Posten ausländisches Baumwollgarn zusammengekauft haben, getrieben wird. Der zehnfache Friedenspreis soll jetzt allgemeine Forderung sein. Der Einsender verlangt Maßnahmen der Regierung, um weiterer Schädigung unserer Bevölkerung vorzubeugen. Er sagt: „Nach meiner Ansicht müßte die Regierung sofort eine Bestandsaufnahme von Auslandsbaumwollgarnen mit Angabe der Einkaufspreise vornehmen lassen. Im Besitz dieser Angaben hat es die Regierung in der Hand, der Bewucherung Einhalt zu gebieten.“ Eine weitere Verfügung braucht dann später nur zu bestimmen, daß die Händler die beschlagnahmten Auslandsgarne nur zu entsprechendem in Friedenszeiten üblichen Nutzen weiterverkaufen dürfen.

Man braucht nicht zu befürchten, daß durch diese Maßnahmen der Handel mit Garnen vom Ausland unterbunden wird. Die Preise haben eine so schwindelhafte Höhe erreicht, daß der Handel darin sich in ganz kurzer Zeit von selbst verbietet. Das Fabrizieren mit baumwollnem Auslandsgarn wird nur möglich, wenn die Preise dafür auf das richtige Maß zurückgeführt werden. Dieser Zustand ist aber nur durch einen Eingriff der Regierung zu erwarten. Viel zu lange hat man damit gewartet. Es hätte schon längst gegen diese Bewucherung Stellung genommen werden müssen. Ich selbst habe schon vor 2 Monaten beim Kriegswirtschaftsverband persönlich geäußert, daß die Regierung unbedingt der Bewucherung in baumwollnen Auslandsgarnen durch Verordnung Einhalt gebieten müßte. Inzwischen sind die Verhältnisse nicht besser, sondern viel schlechter geworden.“

Es ist in der Tat Zeit, daß diesem unerhörten Garnwucher ein Ende gemacht wird, sonst sind es die Garnhändler, die durch ihre Wucherpraktiken genau dasselbe bewirken, wie die englische Regierung mit ihrer Blockade. Es ist nur zu richtig, daß die Regierung viel zu lange damit gewartet hat.

Was ist da Wahres daran?

Im „Konfektionär“ lesen wir: Vor der Strafkammer des Baidauer Landgerichts hatte sich ein Wirkwarenfabrikant aus Lichtenstein wegen unzulässiger Nachtarbeit — Vergehens gegen die Reichsgewerbeordnung — zu verantworten. Der Fabrikant war zu Seereslieferungen verpflichtet, konnte aber den drängenden Bedürfnissen der Seeresverwaltung nicht nachkommen. Nach seiner Behauptung soll ihm von einem höheren Offizier gesagt worden sein, er müsse mehr schaffen, sonst könne er seinen ganzen Betrieb unter Militäraufsicht stellen. Die Reichsgewerbeordnung käme für ihn als Seereslieferant nicht mehr in Betracht, er stände unter Militärgesetz und die Militärbehörde sei während der Kriegszeit allein maßgebend; er könne künftighin so viel arbeiten, als zur Fertigstellung der Seeresartikel nötig sei.

Der Angeklagte, dessen Söhne, seine wichtigsten Stützen im Betriebe, teils schon eingezogen waren, teils auf Einberufung warteten, hatte nun in seiner Fabrik alle Kräfte aufgewandt, die Seereslieferungen zu bestreiten. Von November 1914 bis Ende Februar 1915 beschäftigt er seine Arbeiterinnen von abends 8 Uhr bis morgens 6 Uhr. Später hatte er von abends 7 Uhr bis morgens 7 Uhr bzw. nachts 12 Uhr nach Bedarf arbeiten lassen. Der Angeklagte berief sich zunächst auf die von dem betreffenden Offizier erteilte Bevollmächtigung und entschuldigte sich ferner damit, daß sein Sohn die nach der Gewerbeordnung unzulässige Arbeitszeit dem Stadtrate zu Lichtenstein schriftlich angezeigt habe. Weiter behauptete er, in einem Merkblatt für Kriegslieferanten gelesen zu haben, daß die Bestimmungen der Gewerbeordnung nicht für Kriegslieferanten gültig seien. Demgegenüber hatte die Kreishauptmannschaft Chemnitz ihm angezeigt, daß eine Ausnahmebestimmung von der Gewerbeordnung nur von der Kreishauptmannschaft genehmigt werden könne. Außerdem wäre es der Polizei leicht gewesen, gegen die Nachtarbeit, die er lediglich im Interesse der Seeresverwaltung gestattet habe, einzuschreiten, da die hell erleuchteten Räume der Fabrik weithin sichtbar gewesen seien, wenn sie darin ein die Gesundheit schädigendes Vergehen erblickt hätte. Nur aus vaterländischen Gefühlen habe er sich für das Wohl unserer Vaterlandsverteidiger aufgeopfert. — Das Gericht erkannte zwar die eigenartige Lage des Angeklagten als Seereslieferanten an, sah sich aber an die Bestimmungen der Reichsgewerbeordnung gebunden, denn auch die Seereslieferanten müßten sich dieser unterwerfen, wenn nicht von der Oberbehörde besondere Ausnahmen ausdrücklich gestattet worden seien. Der Angeklagte wurde zu einhundert Mark Geldstrafe verurteilt.

Es geht aus dem Bericht nicht hervor, ob das Gericht über die Behauptungen des Angeklagten, daß ihm ein höherer Offizier gesagt habe, die Reichsgewerbeordnung käme für die Betriebe der Seereslieferanten nicht mehr in Betracht, Beweis erhoben worden ist, und welches Ergebnis dabei erzielt wurde. Das Gericht hat ja sehr richtig betont, daß auch die Seereslieferanten an die Bestimmungen der Gewerbeordnung gebunden seien. Da hätte es aber im Interesse der Unternehmer wie der Arbeiter gelegen, daß durch die Beweisaufnahme festgestellt wurde, ob der höhere Offizier wirklich den Anreiz zu dem Vergehen gegeben hat, oder ob es bloß eine Ausflucht des Angeklagten gewesen ist, wenn er behauptete, die Anregung zu der Uebertretung habe ein höherer Offizier gegeben. Auch im Interesse der Offiziere lag es, daß darüber Beweis erhoben wurde. Denn es handelt sich hier wahrlich um keine Kleinigkeit. Nach dem Bericht hat der Unternehmer vom November 1914 bis Februar 1915, also zirka vier Monate, Arbeiterinnen von 8 Uhr abends bis 6 Uhr morgens, später sogar von 7 Uhr abends bis 7 Uhr morgens beschäftigt. Das ist denn doch ein sehr starkes Stück. § 137 Abs. 1 der Gewerbeordnung besagt:

„Arbeiterinnen dürfen nicht in der Nachtzeit von 8 Uhr abends bis 6 Uhr morgens . . . beschäftigt werden.“

Wir können vorläufig nicht glauben, daß ein höherer Offizier gesagt haben soll, diese Bestimmung sei für Seereslieferanten nicht mehr in Kraft. Denn das kann es doch nicht geben, daß der erste beste Offizier kommt und bestehende Gesetze außer Kraft setzt. Falls zufällig von unseren Verbandsfreunden jemand Zeuge jener Verhandlungen gewesen sein sollte, wäre es uns sehr lieb, wenn uns mitgeteilt würde, ob eine Beweiserhebung über die Aeußerung jenes Offiziers stattgefunden hat oder ob das Gericht die Behauptung des Fabrikanten als wahr unterstellte. Nur in diesem Falle wäre das äußerst milde Urteil zu verstehen. Sehr charakteristisch für die Unzuverlässigkeit der Polizei als Aufsichtsbehörde in Sachen des Arbeiterschutzes, ist die Bemerkung des Angeklagten, daß sie ihm, trotzdem die Fabrik hell erleuchtet war, keinerlei Schwierigkeiten bei der Uebertretung der Gewerbeordnung gemacht habe.

Das bestätigt aufs neue, was wir immer betont haben, nämlich, daß die Polizei bei der Uebertretung der Arbeiterschutzbestimmungen häufig versagt, und daß es darum notwendig sei, diese Uebertretung in die Hände von Kontrolleuren zu legen, die den Reizen der Arbeiter entnommen sind.

Robstofffragen der Textilindustrie.

C. T. I. Die neue Seidenernte und ihre Preissteigerungen.

Die für Kokons neuer Ernte gezahlten Preise in Italien bedeuten gegenüber dem Vorjahre ganz erhebliche Erhöhungen, die am Ende der verarbeitenden Gewerbe zu tragen haben werden. In der Lombardei wurden bis 5,08 Lire gegen 2,60 Lire im Jahre 1915, in Toskana bis 6,15 Lire, d. h. ungefähr das Doppelte wie im Jahre 1915, bezahlt. Ähnliche Preiserhöhungen sind in Venetien und den anderen Provinzen gemacht worden. In Spanien wurden für Kokons durchschnittlich 3,40 Pesetas bezahlt. Die hohen Preise für Kokons in Frankreich haben sich behaupten können, nur auf einzelnen Märkten von Dröme ist ein Rückschlag, der nicht ausbleiben konnte, eingetreten.

Die Weißseidenernte

wird in ihrem Endergebnis verschiedene Ueberraschungen bringen, mit denen man kaum gerechnet hatte. So dürfte die Ernte in der Levante nur ein Drittel der normalen Ernte zeitigen, im Kaukasus wird im günstigsten Falle die Hälfte der im Jahre 1914 geernteten Mengen zu erwarten sein. Turkestan wird einen Ausfall von einem Viertel der früheren Mengen haben, ebenso wird es in Persien sein. Bezüglich der italienischen Seidenernte sind jetzt bestimmte Schlussfolgerungen möglich. Danach wird dieselbe um ungefähr 20 Proz. größer als im Vorjahre ausfallen, wobei allerdings zu berücksichtigen ist, daß die Ernte im Jahre 1915 nur rund 34 Millionen Kilogramm gegenüber 47 Millionen Kilogramm im Durchschnitt der vorangegangenen fünf Jahre betrug. Die letzten Berichte aus Spanien bestätigen ein günstiges Erntergebnis, es wird 10 Proz. größer als im Jahre 1915 sein. Ebenso werden in Frankreich erhebliche mehr Seiden als im Vorjahre geerntet, desgleichen wird die Beschaffenheit als sehr befriedigend bezeichnet. In Japan

lassen die bisherigen Ernteergebnisse ungefähr 10 Proz. mehr Seiden als im Vorjahre erwarten.

Der zunehmende Verbrauch Amerikas in Baumwolle und die Gefahr einer Baumwollnot.

Die letzten Berichte aus New York stellen fest, daß im Jahre 1915/16, d. h. bis zum 31. Juli, von den amerikanischen Baumwollfabrikanten 7 700 000 Ballen verbraucht wurden, also mehr als die Hälfte der überhaupt verfügbaren Mengen. Diese Steigerung des amerikanischen Baumwollverbrauches, der im Jahre 1912/13 nur 5 389 000 Ballen betrug, ist ganz enorm und beweist die von den europäischen Verbrauchern oftmals betonte Gefahr einer Baumwollnot um so mehr, da eine weitere Verbrauchszunahme Amerikas unzweifelhaft ist. Die von dem „Internationalen Verband der Baumwollfabrikanten“ seit Jahren eingeleitete Bewegung zur Förderung der Baumwollkultur in den Kolonien der europäischen Staaten ist durch den Krieg ins Stocken geraten, dürfte aber angesichts der Notwendigkeit bei Friedensschluß wieder aufgenommen werden, um so mehr, da außer in Nordamerika auch in Südamerika und in Japan das Baumwollgewerbe sich beträchtlich erweitert hat. In Rußland hat man selbst während des Krieges Vorkerkungen getroffen, sich von Amerika bezüglich des Baumwollbezuges unabhängig zu machen, wie die neuesten Gründungen von russischen Baumwollhandelsgesellschaften auf der persischen Halbinsel Mian-Kale beweisen.

Betriebsgewinne der Textilaktiengesellschaften.

Bautzener Tuchfabrik A.-G. in Bautzen.

Dem Bericht des Vorstandes entnehmen wir folgende Angaben über das Geschäftsjahr 1915: Das Aktienkapital wurde durch satzungsgemäß zulässigen Rückkauf von 9300 Mk. Aktien aus dem Reingewinn auf 600 000 Mk. abgerundet. Nach Abschreibungen in Höhe von 29 737 (im Vorjahre 31 076) Mk. ergibt sich ein Reingewinn von 145 064 (126 449) Mk., der wie folgt verwendet werden soll: zum Reservefonds 12 879 (12 645) Mk., Dispositionsfonds 20 000 (40 000) Mk., Delfrederekonto II (Mühle) 20 000 (15 000) Mk., Rückstellung für zurückgekauft Aktien 9300 (0) Mk., Vergütung an den Aufsichtsrat 2584 (3152) Mk., Vergütung an den Vorstand 16 774 Mk., 8 (6) Prozent Dividende, 48 000 (36 558) Mk., Vortrag 15 527 (16 271) Mk.

Genossenschaftliches.

Die Entwicklung des genossenschaftlichen Großverkaufs

macht in Deutschland gewaltige Fortschritte, wie folgende Angaben über die im Jahre 1894 gegründete Großverkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine m. b. G., Hamburg, zeigen:

Warenumsatz:	
1894	541 000 Mark
1915	152 850 000 Mark
Wert der Eigenproduktion:	
1894	—
1915	18 450 000 Mark
Wert des Grundbesitzes:	
1894	—
1915	9 700 000 Mark
Zahl der Gesellschafter:	
1894	47 Organisationen
1915	849 Organisationen

Aus kleinen Anfängen hat sich das genossenschaftliche Zentralinstitut zu einem Großbetrieb entwickelt, denn dem Warenverkehr mit den Konsumvereinen dienen heute acht große Lagerhäuser und neun eigene Fabriken.

Zur Lebensmittelversorgung.

Pläne des Kriegsernährungsamtes.

In Köln sprach der Generalsekretär Stegertwald vom Kriegsernährungsamt über die Verwaltung der Lebensmittelversorgung. Eine durchgreifende Regelung der Milchversorgung sei im September in allen Dörfern und Sammelstellen zur Verbutterung vorgesehen. Das beschlagnahmefreie Mehl solle verschwinden. Nach Einführung der Reichsfleischkarte werde der Preis geringer, die Kopfmenge höher sein, etwa 350 bis 400 Gramm wöchentlich. Die Hauptschwierigkeiten seien überwunden. Die Brottration werde im Herbst erhöht werden. Getreid, Graupen und Grütze sollen billiger werden. Zucker werde es im Oktober genügend geben.

Offentlich trifft das nun auch zu. Unseren Informationen nach sieht es nicht so rosig aus. Die höheren Kartoffelpreise lassen den Schluss nicht zu, daß wir billigeres Fleisch bekommen werden. Herr Stegertwald, der doch schon bei der Festsetzung der Kartoffelpreise seine Erfahrungen gemacht hat, Erfahrungen, die ihn zwangen, Konsequenzen in Aussicht zu stellen, die einen Strich unter seine Tätigkeit im Kriegsernährungsamt gemacht hätten, wenn er sich zu ihrer Ziehung gezwungen gesehen hätte, weiß doch auch, daß in der Frage der Festsetzung von Höchstpreisen für Spätmüße Dinge in Vorbereitung sind, die eine neue schwere Enttäuschung und eine Erbitterung im Volke hervorrufen würden, wenn sie Wirkksamkeit erlangten. Wir kommen in kurzer Zeit auf die Sache zurück.

Verdorbene Fische.

Nach einer Meldung der „National Tidende“ aus Christiania wandte England für den Aufkauf des Fischfanges in Norwegen über 100 Millionen Kronen auf. Der Aufkauf, der durch eine Firma in Bergen zu unerhöht hohen Preisen erfolgte, wurde von England deshalb vorgenommen, um einerseits zu verhindern, daß Deutschland Fische erhalte, und andererseits, um Rußland mit Fischen versorgen zu können. Archangelsk war in dessen durch Eis blockiert und Schweden weigerte sich, die Durchfuhr von Lebensmitteln nach einem kriegsführenden Land zu gestatten. Gegenwärtig lagern in Norwegen Tausende von Tonnen verdorbener Fische.

Ohne Kartoffeln keine Kohlen.

Die „Börzenzeitung“ teilt mit: Erst kürzlich wurde berichtet, die holländische Frühkartoffelausfuhr nach Deutschland zu unterbinden, angeblich, weil zu große Not in Holland herrsche, die ja auch vorhanden, wie festgestellt ist, tatsächlich

aber durch englische Agenten hervorgerufen war, weil England die notwendige holländische Ausfuhr für sich mit Beschlag belegen und Deutschland von jeder Zufuhr absperrern wollte.

Verkehrswirtschaftliches.

Der neue Posttarif.

Das Gesetz vom 21. Juni 1916 über eine mit den Post- und Telegraphengebühren zu erhebende außerordentliche Reichsabgabe tritt am 1. August 1916 in Kraft.

Der Brief mit Wertangabe in der 1. Zone 25 Pf., auf alle weiteren Entfernungen 50 Pf., außerdem die Verfrachtungsgebühr wie bisher und bei nicht freigemachten Wertbriefen der Portozuschlag von 10 Pf.

Bruchpennige, die sich bei nicht freigemachten und unzureichend freigemachten Sendungen und bei der Gebühr für die Vergleichen von Telegrammen ergeben, werden auf volle Pfennige aufwärts abgerundet.

Berichte aus Fachkreisen.

Greiz und Umgegend. Am Freitag, den 14. Juli 1916 fand im Restaurant Scharf eine Mitgliederversammlung des Deutschen Textilarbeiterverbandes statt.

Gaulleiter Bretschneider aus Gera. Das Gutachten ist von einer Webereifirma abgegeben. Die darin zum Ausdruck gebrachten Anschauungen lösten bei der Versammlung nicht wenig Entrüstung aus, besonders die Begründung und Rechtfertigung der niedrigen Löhne.

Sohenstein-Ernstthal. In der am 15. Juli stattgefundenen Mitgliederversammlung nahm man den Kassenbericht vom 2. Quartal entgegen.

Riegnitz. In der am Sonnabend, den 15. Juli, gut besuchten Mitgliederversammlung gab Kollege Keufert zunächst den Kartellbericht.

Die heute, am 18. Juli 1916, im Gewerkschaftshaus zu Riegnitz tagende Generalversammlung der Filiale Riegnitz des Deutschen Textilarbeiterverbandes erklärt, daß der Verband während des Krieges in wirksamster Weise für die Interessen der Textilarbeiter eingetreten ist.

Nach Erledigung einiger interner Fragen wurde die würdig verlaufene Versammlung vom Vorsitzenden, Kollegen Heinrich Forst, um 11 Uhr geschlossen.

Literatur.

Physiokratien. So könnte man, in Anlehnung an das bekannte Utopien mit seinen vielgelobten Wundern das Land nennen, das uns gezeigt wird in dem Buche 'Die Befreiung von der Geld- und Zinswirtschaft. Ein neuer Weg zur Ueberwindung des Kapitalismus.' von Georg Blumenthal.

Der Verfasser zeigt uns ein Land, deren Bewohner von der schlimmsten Geißel, die über der Menschheit seit Jahrtausenden geschwungen wurde, befreit ist. Und das nicht etwa durch tiefgreifende Reformen wie gesetzliche Enteignung und Sozialisierung der kapitalistischen Produktion.

Auf diesem Verlust beruhen alle Wunder, die das neue Geld in Physiokratien vollbringt. Und das sind nicht wenige. Das Hauptwunder ist, daß, da jeder sein Geld so schnell wie möglich ausgibt, um keinen Verlust an ihm zu erleiden, sich kein Kapital mehr bildet, und weil kein Kapital mehr ist, auch kein Kapitalzins mehr zu entrichten ist.

kommen voll ausgibt, ist der Bedarf an Waren allerorts so groß, daß alle, die arbeiten wollen, stets Arbeit haben. Manche sparen freilich doch noch, weil sie von der hergebrachten Gewohnheit noch nicht lassen können; sie geben ihr Geld auf eine Sparkasse oder Bank, bekommen aber keinen Zins dafür, sondern müssen zuweilen noch für die Verwaltung ihres Guthabens 'Zins zahlen', d. h. an ihrem Guthaben einbüßen.

In Physiokratien herrscht also der bürgerliche Sozialismus, ein volkswirtschaftlicher Ausgleich aller Vorteile und Nachteile kapitalistischen Ursprungs, so daß die Herrschaft des Geldes völlig entthront ist.

Die kommt es aber, daß die Geldmacht in 'Physiokratien' zwar nicht der Beseitigung des Geldes an sich, aber doch der Entleerung seiner volkswirtschaftlichen Macht ruhig zusah? wird der Leser fragen.

'Die Glote', Sozialistische Wochenschrift, Herausgeber: Parvus (Verlag für Sozialwissenschaft G. m. b. H., München). Das eben erschienene 16. Heft des 2. Jahrgangs dieser aktuellen Wochenschrift enthält folgende Artikel: Konrad Haenisch: Die Theorie unserer Praxis.

Verbandsanzeigen.

Bekanntmachungen.

Vorstand.

Sonntag, den 30. Juli, ist der

31. Wochenbeitrag fällig.

Monatliche

Arbeitslosenzählung.

Für die Juli-Zählung ist Freitag am Sonnabend, den 29. Juli, zur Einfindung gelangt die graue Karte. Alle Mitglieder, die am 29. Juli arbeitslos sind, mit Ausnahme derjenigen, die am genannten Tage nur aussetzen, sind in der Meldekarte auch als Arbeitslose nachzuweisen.

Adressenänderungen.

Gau 1. Bremen. V u. K: Ernst Daus, Geschäftsführer, Mohrstr. 136. Gau 4. Rheine. Alles an Johann Stajschetzki, Klosterstraße 17, Eingang Kreuzstraße.

Totenliste.

Gestorbene Mitglieder.

Bramsche. Amalie Knabe, 18 J., Magenkrämpfe. Greiz. Paul Groß, 57 J., Zuckerkrankheit.

Zhalheim u. Umg. Klara Becker, 19 J., Entbindungsfolgen. Hugo Golditz in Weinersdorf, 55 J., Darmleiden.

Zum Felde gefallene oder infolge des Krieges gestorbene Mitglieder.

Apolba. Walter Schmidt, 24 J., Karl Galander, 26 J., Ernst Baum, 24 J., Wilh. Behring, 28 J.

Zusammenkünfte.

Mitglieder-Versammlungen.

Sonnabend, 5. August. Wittstodt. Abends 8 1/2 Uhr, bei Löbermann, Prißwaller Vorstadt. Zahlstellen und Zahltermine. Berlin. (Norden.) Brunnenstr. 79 bei K. Döhling.

Redaktionschluss für die nächste Nummer Sonnabend, den 29. Juli. Verlag: Karl Hübsch. — Verantwortlich für die mit * versehenen Artikel Hermann Krähig, für alles andere Paul Bagener. — Druck: Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co. — Sämtlich in Berlin.